

AKWs – mit dem beschlossenen Ausstieg in Deutschland ist die Sache nicht erledigt!

(Empfohlene Lektüre: „Der Kernschmelze keine Chance“
<http://www.klartext-info.de/>)

Ein kleiner Rückblick

Welches Interesse bescherte uns eigentlich diese „segensreiche“ Erfindung? War das die Bevölkerung irgendeines Landes, die plötzlich nach mehr Strom für ihre Wohnungen durch „friedlich“ genutzte Atomenergie verlangte? War es ein genialer Unternehmer, der ein Marktlücke erkannt hatte und dafür in eine profitable Produktion investierte?

Was mit dem Wort „friedliche Nutzung“ freundlich umschrieben wird, ist die wirtschaftliche Nutzung der Atomenergie, um möglichst viel Strom mit möglichst großem Profit zu produzieren. Obwohl das so ist, verdanken wir diese wirtschaftliche Nutzung doch nicht der angeblich so segensreichen privaten, unternehmerischen Initiative.

Kein profitorientiertes Energieunternehmen hat von sich aus mit dem Bau von Atomkraftwerken begonnen! Das liegt daran, dass diese wirtschaftliche Nutzung der Atomenergie privatwirtschaftlich nicht funktioniert hätte; will sagen, die wirtschaftliche Nutzung der Atomenergie wäre nach den Maßstäben einer kapitalistischen Marktwirtschaft unwirtschaftlich gewesen, ein reines Zuschussgeschäft, auf das sich kein Investor eingelassen hätte. Auch den privaten Anlegern musste das Geschäft erst schmackhaft gemacht werden. Es musste staatlicherseits so eingerichtet werden, dass damit ein Profit zu machen ist. Hätte der Staat nicht für spezielle Rahmenbedingungen gesorgt, wäre uns die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie bis heute erspart geblieben.

Die Schöpfung der segensreichen Atomwirtschaft ist ein Produkt staatlichen Politik, die zunächst ausschließlich im Zeichen militärischer Nutzung stand. Als man anfing, sich über die wirtschaftliche Nutzung Gedanken zu machen, tauchte sofort die Frage auf, unter welchen Bedingungen Atomwirtschaft privatwirtschaftlich genutzt werden könnte, wie man es also einrichten müsste, dass an Rendite orientierte Anleger tatsächlich einen Profit erzielen. Die Gestaltung dieser Rahmenbedingungen für profitable Atomwirtschaft musste von Anfang an darauf bedacht sein, den Energieunternehmen Kosten zu erlassen, Kosten, die „die Allgemeinheit“ würde tragen müssen. Dafür musste diese Allgemeinheit der Wähler und Steuerzahler begeistert werden. Atomstrom sei für alle gut und notwendig! Daher musste die Allgemeinheit sich gebührend an den notwendigen Investitionen für den Bau der AKWs beteiligen. Daher musste die Allgemeinheit die Kosten für Entsorgung des strahlenden Atommülls sorgen! Daher musste die Allgemeinheit auch bereit sein, die möglichen Kosten für die Folgen eines Super-GAUs zu tragen.

Am Anfang stand das Interesse eines Staates, der USA, mit Hilfe der Atombombe möglichst rasch den 2. Weltkrieg zu beenden. Die USA wollten zweifellos den Frieden. War also nicht schon der Einsatz der Atombombe eine „friedliche“ Nutzung der Atomenergie?

Was die gezündeten Atombomben in Japan unter den Menschen in Hiroshima und Nagasaki angerichtet hatten, sollte in den USA und weltweit weitgehend geheim gehalten werden. Das war eine der Voraussetzungen für die verlogenen Kampagnen zur „friedlichen“ Nutzung der Atomenergie. Die Menschen sollten möglichst wenig über deren Risiken und möglichen Folgen erfahren, damit es zu keinen Akzeptanzproblemen kommt. Schließlich sollte in demokratischen Staaten eine demokratische Entscheidung her.

Alle Staaten, die die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie vorantrieben – ob politische Demokratien oder Diktaturen -, strebten nach atomarer Bewaffnung. Dies gilt auch für die

Bundesrepublik in den 50iger Jahren mit ihrem „Atomminister“ Strauß. Die von Adenauer geführte Bundesregierung wollte im Zuge der Remilitarisierung Deutschlands auch die Bewaffnung mit Atombomben. Adenauer schreckte nicht davor zurück, die Atombombe nur als eine Art neuer Artillerie zu bezeichnen. Selbst die Atombombe sollte auf diese Weise verharmlost werden. Der Besitz der Atombombe war für Adenauer ein notwendiger Bestandteil nationaler Souveränität. Die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie stand von Anfang an im engsten Zusammenhang mit der Möglichkeit zum Bau der Bombe. Sie war ein Abfallprodukt des Baus der Bombe und blieb immer die wirtschaftlich-technologische Basis für waffenfähiges Plutonium. Die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie führte in Ländern wie Pakistan, Indien etc. geradewegs zum Bau der Bombe. Die aktuelle Diskussion über das „Atomprogramm“ des Iran beweist erneut den engen Zusammenhang zwischen militärischer und wirtschaftlicher Nutzung der Atomenergie.

Zwei Beispiele für die Folgen einer „friedlichen Nutzung“ von Kernenergie

Wie alles anfängt - Uranabbau

Uran ist der Stoff, aus dem die Träume sind. Eines der wichtigsten Förderländer heißt Niger und liegt in Afrika. Von einer desinteressierten Weltöffentlichkeit kaum wahr genommen betreibt der französische Atomkonzern Areva dort seinen Uranabbau – ein tödliches Geschäft!

„Seit 40 Jahren schürft Frankreichs Staatskonzern Areva in Niger, einem der ärmsten Länder der Erde, Uran für Europas Atomstrom - ein schmutziges Geschäft. Arbeiter sterben, Wasser und Staub sind verseucht. Der Kampf um den Brennstoff schürt zudem Aufstände gegen die Regierung.

Der Mann aus Niger war gekommen, um mit dem Chef der größten deutschen Bank zu sprechen. Im Mai vorigen Jahres saß Almoustapha Alhacen in der Frankfurter Festhalle. Er hörte zu, wie Josef Ackermann verkündete, der Bank gehe es trotz Finanzkrise wieder besser. Ackermann sprach von Verantwortung, "Markt und Moral" seien keine Gegensätze, sondern würden "zum Wohle aller miteinander harmonieren".

Aber da, wo der Mann aus der Wüste herkommt, gibt es keine Harmonie von Markt und Moral. Davon wollte er Josef Ackermann erzählen; ein Verein kritischer Aktionäre hatte ihn zur Hauptversammlung eingeladen. Alhacen passte auf diese Veranstaltung so gut wie ein Außerirdischer: Er trug das Stammesgewand der Tuareg, mit Gesichtsschleier und Turban. Alhacen war ruhig, als er ans Rednerpult trat. Sein Gesicht flimmerte über die Großleinwand.

"Bonjour, Monsieur Ackermann", begann Alhacen auf Französisch mit afrikanischem Akzent. Er hatte fünf Minuten Zeit, um Ackermann die Katastrophe zu beschreiben, die er seit neun Jahren bekämpft. Er sei der Gründer einer Umweltorganisation aus der Stadt Arlit in Nordniger. Er sagte, dass der französische Konzern Areva dort Uran abbaue. Es gebe Millionen Tonnen radioaktiver Abfälle, verstrahltes Wasser, schwere Krankheiten. Und die Deutsche Bank gehe all das etwas an, weil sie Areva viel Geld leihe.

Alhacen sprach auch von Verantwortung, genau wie der Bankchef. Wer mit Krediten an die Uranindustrie Geld verdiene, müsse helfen "bei der Bekämpfung der gravierenden Probleme, die beim Uranabbau entstanden sind". Ackermann erwiderte, der Deutschen Bank liege der Umweltschutz am Herzen. Seitdem hat Alhacen nie wieder etwas von der Deutschen Bank gehört.“

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,686763,00.html>

Wie alles aufhören kann - der Super-GAU von Tschernobyl

Die fürchterlichen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe, die sich angeblich niemals in einem hochentwickelten kapitalistischen Land wiederholen könne, lassen sich mittlerweile in Zahlen ausdrücken:

„Prof. Dr. Edmund Lengfelder, Otto-Hug-Strahleninstitut und Universität München, schätzt, daß in den ersten 15 Jahren - also bis 2001 - insgesamt etwa 70.000 Menschen an den Folgen der

Tschernobyl-Katastrophe gestorben sind. Die Atom-Experten der Internationalen Atomenergieorganisation IAEA behaupteten 2006, lediglich 56 Tote gingen auf den Unfall zurück: 47 Katastrophen-Helfer und neun Kinder mit tödlich verlaufendem Schilddrüsenkrebs. Die ukrainische Kommission für Strahlenschutz bezifferte die Tschernobyl-Toten der ersten zwanzig Jahre auf 34.499 Menschen. Die UN-Gesundheitsorganisation WHO veranschlagte bereits im Jahr 2000 die Zahl der Katastrophen-Helfer, die an Strahlenschäden und Suizid zu Tode kamen auf 50.000. Dabei gibt es genügend Beweise, Indizien und Dokumente für eine wissenschaftlich fundierte Schätzung der Todesopfer.

Rund 800.000 Menschen aus der gesamten Sowjetunion mußten sich als Katastrophen-Helfer ("Liquidatoren") an den Aufräumarbeiten nach der Katastrophe in Tschernobyl beteiligen. 50.000 von ihnen kamen nach Schätzung Lengfelders in den ersten 15 Jahren nach 1986 durch Strahlenschäden oder Suizid zu Tode. Die 30-Kilometer-Sperrzone um das AKW ist bis heute durch Cäsium, Plutonium und Strontium radioaktiv verseucht.

Von den zahlreichen in der Allgemeinbevölkerung auftretenden Erkrankungen wird der durch radioaktives Jod verursachte Schilddrüsenkrebs systematisch erfaßt. Bis Ende 2000 erkrankten in Weißrußland etwa 10.000 Menschen an diesem Krebs. Auch andere Tumorerkrankungen nahmen infolge von Tschernobyl zu. Bei Männern wurde eine drastische Zunahme von Lungen-, Magen-, Haut- und Prostatakrebs registriert. Bei Frauen hat sich die Zahl der Brustkrebserkrankungen innerhalb von 10 Jahren verdoppelt.

Die Genetikerin Hava Weinberg untersuchte Hunderte Kinder von nach Israel ausgewanderten Katastrophen-Helfern. Die nach der Tschernobyl-Katastrophe Geborenen hatten, verglichen mit den vor 1986 geborenen Geschwistern, eine um 700 Prozent höhere Quote bei Erbgutmutationen. Wolodymyr Wertelecki, Chef-Genetiker an der Universität von Süd-Alabama, ließ mit US-amerikanischen Regierungsgeldern in einer Langzeitstudie durchschnittlich 14.000 Neugeborene pro Jahr in den ukrainischen Provinzen Wolyn und Rowno untersuchen. Die Zahl der Babys mit Spina bifida (offenem Rücken), so eines seiner Ergebnisse, ist um das 20fache gestiegen.“

<http://www.netzwerk-regenbogen.de/akwi07050102.html>

Die Zahl der Opfer des „Unfalls“ von Fukushima wird man ebenfalls erst in einigen Jahren zählen können.

Das sind nur zwei Beispiele für die Gefahren von „friedlicher Nutzung der Atomenergie“

Wie hoch diese Risiken sind, ist an vielen Stellen dokumentiert und nachgewiesen.

(eine ausgezeichnete, umfassende Darstellung und Kritik dieser Risiken findet man beim Netzwerk Regenbogen: <http://www.netzwerk-regenbogen.de/akwi01050102.html>)

Bei der Atomwirtschaft geht es immer um beides, um wirtschaftliche und militärische Nutzung.

Niemand, der bei Verstand ist, wird das bestreiten; und niemand, der bei Verstand ist, wird bestreiten, dass die unheilige Allianz aus militärischer und wirtschaftlicher Nutzung der Atomenergie ein gigantisches Vernichtungspotential entwickelt hat, mit dessen „Hilfe“ die Menschheit sich problemlos selbst auslöschen kann. Das ist sozusagen der Gipfel des Fortschritts zu dem profitorientierter, kapitalistischer Produktivitäts- und Produktionswahn fähig ist.

Was nach dem Ausstieg der Bundesregierung bleibt

Die Sache ist nicht gegessen, auch nach dem offiziell verkündeten Ausstieg in Deutschland.

Selbst wenn wir die AKWs los würden und wären, bliebe uns folgendes erhalten:

- der Atommüll, dessen Halden mit jedem AKW und jedem Jahr ihrer Nutzung wachsen und dessen Gefahren der Menschheit Millionen von Jahren erhalten bleiben
- die vielen AKWs in Europa und weltweit (es wird fleißig weiter gebaut)
- die Möglichkeit, dass die wertelose Bundesregierung erneut ihre Politik ändert

Und selbst wenn alle AKWs verschwunden wären, bliebe uns das Problem einer maßlosen Energieproduktion und -verschwendung in einer kapitalistischen Privatwirtschaft. Atomkraftwerke sind auch das Produkt des unstillbaren Heißhungers nach nichtmenschlicher Energie in einer auf grenzenloses Wachstum programmierten Ökonomie.

1. Energieunternehmen sind keine „Versorgungseinrichtungen“ sondern kapitalistische Unternehmen, deren Umsatz und Gewinn um den Preis des eigenen Untergangs wachsen muss. Wachsende Produktion und wachsender Verbrauch wären auch das A und O einer Energiewirtschaft, die nur aus sogenannten erneuerbaren Quellen gespeist wird. Nicht auszuschließen also, dass Realpolitiker und Industriebosse Küste und Land flächendeckend z. B. mit Windrädern und Starkstromleitungen verzieren, um „den wachsenden Energiebedarf einer dynamischen Marktwirtschaft“ durch große Energie-Konzerne zu decken.
2. Die großen industriellen Abnehmer dieser Energie wollen und müssen zwar „sparsam“ mit Energie umgehen, d.h. aber nur, dass die Energie wenig kosten soll. Für jede einzelne Ware muss der Energieaufwand verringert werden, mit der Masse der produzierten Waren darf er bedenkenlos steigen. Mit steigendem Umsatz und Profit ist steigender Energieverbrauch jeder Zeit gerechtfertigt. Einen absolut rückläufigen Energieverbrauch würden die Regierenden und Industriekapitäne zweifellos als kontroproduktiv ansehen. Die Rüstungskonzerne wollen mehr produzieren, die Autokonzerne wollen mehr produzieren, die Computerindustrie will mehr produzieren, die Handyhersteller wollen mehr produzieren, usw. Dazu ist es zwingend erforderlich, dass
 - mehr zahlungsfähige Kundschaft die Produkte der Industrien nachfragt
 - die „Produktzyklen“ sich verkürzen und Gebrauchtes schneller ersetzt wirdKunden sollen mehr und häufiger kaufen und dafür wird das Anwachsen der Halden des Industriemülls gern in Kauf genommen. Das schließt wachsenden Energieverbrauch selbstverständlich ein. Dafür brauchte und braucht man Atomstrom und dafür braucht man, wenn die AKWs in Deutschland abgeschaltet werden, vermehrt Strom aus anderen Quellen.

Ein rationaler Standpunkt in Bezug auf Energieproduktion und -verbrauch lässt sich innerhalb einer entwickelten, von materiellem Reichtum überquellenden, kapitalistischen Marktwirtschaft nicht durchsetzen, weil sein Zweck nicht Wachstum wäre, sondern eher Vermeidung des Wachstums von Produktion und Verbrauch. Weniger Energie wäre mehr! Dies gilt auf jeden Fall für die hochentwickelten kapitalistischen Länder. Sich in einer von materiellem Reichtum überquellenden Gesellschaft Gedanken zu machen, wie man Produktion vermeiden könnte, um frei verfügbare (Nichtarbeits-) Zeit für alle zu gewinnen, das liegt jedoch außerhalb des von ökonomischen Interessen begrenzten Horizonts bürgerlichen Politiker und Industriebosse.

Alternativen müssen her! Aber welche?

Die Frage nach Alternativen ist gestellt und es handelt sich dabei nicht nur um die Frage nach einer Alternative zur wirtschaftlichen Nutzung der Atomenergie. Die Frage nach den Alternativen zur Atomenergie führt unmittelbar zur Frage nach gesellschaftlichen Alternativen zur marktwirtschaftlich organisierter Energieproduktion durch zentralisierte kapitalistische Großtechnologie in Gestalt mächtiger Konzerne.

Energieproduktion durch Kraft-Wärme-Kopplung, durch Solarzellen und Windräder lässt sich dezentral organisieren. Energie, die sozusagen vor Ort produziert und bereitgestellt wird. Dazu bedarf es weder großtechnologischer Anlagen noch weitverzweigter Netze, die den erzeugten Strom zu den Abnehmern transportieren. Dazu bedarf es auch keiner großen Kapitalgesellschaften, keiner

großen Konzerne, die großtechnologische Anlagen und Netze betreiben, um Kapital mit möglichst hoher Profitrate zu verwerten.

Letztlich sollte die Energieversorgung (wieder) eine Sache der Kommunen werden. Im Zentrum einer solchen Energieversorgung stünden – technisch gesehen – Erhöhung des Wirkungsgrades und Einsparung von Energie. In gesellschaftlicher Hinsicht wäre das ein Bruch mit der weiterhin rücksichtslos auf Privatisierung setzenden Politik. Ein wesentlicher Bereich der Wirtschaft wäre den verheerenden Gesetzen des Marktes und der Kapitalverwertung entzogen; es würde Raum geschaffen für ein Stück Selbstverwaltung in den Kommunen.

Das solche Ziele nur in großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit Kapital und Staat durchzusetzen sind, steht außer Frage. Als erster Schritt aber müssen die AKWs ohne Verzögerung sofort vom Netz gehen und herunter gefahren werden!

Lest die Broschüre von klartext e.v.: <http://www.klartext-info.de/>

Klaus-Robert
Januar 2012